

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feststunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.80; Einzelnummer 10 S. — Erscheint an jedem Werktag. — Verbreitetste Zeitung im O.-A. Bezirk Nagold. — Schriftleitung, Druck und Verlag v. G. W. Jaiszer (Karl Jaiszer) Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage: „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: Die 1-spaltige Borgiszelle oder deren Raum 20 S. Familien-Anzeigen 15 S. Kaffeeseite 60 S. Sammelanzeigen 60% Zuschl. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfch. No. Stuttgart 6113

Nr. 213

Gegründet 1827

Freitag, den 12. September 1930

Fernsprecher Nr. 29

104. Jahrgang

Veränderungen im Haushaltplan

Ueber die Veränderungen, die wahrscheinlich der Reichshaushaltplan 1931 gegenüber demjenigen von 1930 aufweisen wird, wird der Rdn. Ztg. aus Berlin berichtet: Für die Reichsfinanzen wird das Rechnungsjahr 1931 nicht minder ein Krisenjahr sein als 1930. Sollte ein wirtschaftlicher Umschwung zum Besseren eintreten, so vergehen doch vom Beginn des Aufstiegs bis zur Erreichung normaler Zustände viele Monate. Es fehlt aber heute an jeglichen Anzeichen für eine Besserung. Bestenfalls könnte die wirtschaftliche Krise erst in den letzten Monaten des Rechnungsjahres 1931 überwunden sein. Die öffentlichen Lasten haben aber längst denjenigen Grad überschritten, von dem an die aus Steuererhöhungen errechneten Mehreinnahmen wirklich eingehen werden. Der Glaube, an die Stelle der einschrumpfenden Privatwirtschaft könne mit gleichem wirtschaftlichem Gesamtergebnis das entsprechende Maß von Staatswirtschaft gesetzt werden, hat sich als ein folgenschwerer Irrtum herausgestellt. Und es ist ein Wahnsinn zu glauben, die Renten für eine etwaige vierte oder fünfte Million der Arbeitslosen könnten längere Zeit durch Beiträge der Wirtschaft oder durch Zuschüsse der Reichskasse ausgebracht werden. Eine Steigerung der öffentlichen Lasten droht sogar zu einer Minderung der öffentlichen Einnahmen in ihrer Gesamtheit zu führen.

An Einnahmen wird nun der Reichshaushaltplan 1931 weniger aufweisen: 1. Fortfall des Notopfers 220 Millionen (die Bedienersteuer soll voraussicht-

lich bleiben); 2. Fortfall der Einnahmen aus der Industriebelastung (170 Millionen); 3. Ausfälle aus Veräußerung von Reichsbahnvorzugsaktien und Fehlen der Zinsen der Aktien 110 Millionen; 4. Steuer ausfälle auf Grund der in den letzten Wochen gemachten Erfahrungen 620 Millionen; 5. Aufhebung der Kapitalertragssteuer 60 Millionen. Insgesamt Mindereinnahmen 1180 Millionen Mark.

Dagegen glaubt man mit folgender Verminderung der Ausgaben rechnen zu können: 1. Einstellung der außerordentlichen Schuldentilgung gemäß dem Gesetz vom 22. Dezember 1929 400 Millionen; 2. Verringerung der Besetzungskosten und vorläufige Verminderung der Young-Reparationsleistungen zusammen 70 Millionen; 3. geringere Auszahlungen an Kriegsbeschädigte 30 Millionen; 4. neue Einsparungen laut Anknüpfung des Reichsfinanzministers 150 Millionen. Zusammen Minderausgaben 710 Millionen.

Reife sich der Reichszuschuß zur Arbeitslosenversicherung auf einen festen Betrag (etwa 400 Mill. Mk.) begrenzt erhalten, so würden 1931 hierfür 300 Mill. Mk. weniger auszugeben sein als im Jahr 1930. Unter dieser Voraussetzung würde sich eine Minderausgabe von insgesamt 1010 Mill. und ein Fehlbetrag von 170 Mill. Mk. ergeben. Die Zahlen sind aber mit Vorsicht aufzunehmen. Unvorhergesehenes kann diese Berechnung nach der Einnahmenseite nach der Ausgabenseite noch sehr ungünstig verändern.

Sozialdemokratie zur Rede Brünnings

Berlin, 11. Sept. Zu der Rede des Reichskanzlers im Sportpalast schreibt der „Vorwärts“, die Sozialdemokratie sei zu einer Politik der Verständigung mit dem Zentrum bereit, selbstverständlich so, daß sie ihre Auffassungen und ihren Einfluß geltend machen könne. Die Regierung müsse also ihren gegenwärtigen Kurs wieder ändern. Ueber Einzelheiten werde nach den Wahlen zu reden sein. Mit Treubranch und seinen „Staatsstreichplänen“ werde die Sozialdemokratie nicht zusammengehen. An der Rede Brünnings sei wiederum die Klarheit zu vermissen. Wenn manche in dieser Art, sich nicht als klar auszudrücken, einen Beweis „besonderer staatsmännischer Klugheit“ erklären wollen, so sehe er (der Vorwärts) darin eher ein Zeichen der inneren Unsicherheit. Herr Brüning spreche nicht wie ein Mann, der an seinen Sieg glaubt.

Der Sozialdemokratische Pressedienst legt die bisherigen Äußerungen des Reichskanzlers und anderer Reichsminister dahin aus, man gewinne immer mehr den Eindruck, daß gewisse Herren der Regierung Brüning, darunter der Reichskanzler selbst, auch für die Zeiten nach der Wahl bestimmte Abmachungen getroffen hätten, von denen der andere Teil dieser Regierung nichts wisse.

Der Sinn der letzten Rede des Reichskanzlers, soweit sie die Antwort auf die bekannnten sozialdemokratischen Anfragen

darstellte, war der: Die Sozialdemokratie wird von der Regierung Brüning als koalitionsfähig erklärt, sobald sie den Widerspruch gegen die Notverordnung vom 26. Juli aufgibt. Ueber diese „Einzelheiten“ kann laut „Vorwärts“ nach den Wahlen verhandelt werden; vor den Wahlen wird dies aus wahltechnischen Gründen abgelehnt, da ja die Sozialdemokratie den Wahlkampf unter dem Losungswort „Gegen Notverordnung und Diktatur“ führt. Falls aber die Sozialdemokratie die Notverordnung anerkannt haben und in die Koalition eingetreten sein wird, wird von der „Veränderung des Systems“, von der vor und in dem Wahlkampf so viel gesprochen wird, keine Rede mehr sein können.

Zentrum und Reichsbanner

Berlin, 11. Sept. Der Pressedienst der Zentrumspartei schreibt, seit längerer Zeit zeige sich das Reichsbanner als eine rein sozialdemokratische Organisation, und das Zentrum werde immer schärfer angegriffen. Am letzten Sonntag seien die Reichsbannerleute in großer Zahl mit roten Armbinden und roten Fahnen in die Wahlversammlung des Reichskanzlers Brüning gekommen, aber nicht als Saalbesucher, sondern um gegen Brüning zu demonstrieren und für die sozialdemokratische Wahlliste zu werben. Jetzt sei für die Zentrumsmitglieder des Reichsbanners die letzte Möglichkeit zum Austritt aus dem Reichsbanner gegeben.

Neueste Nachrichten

Wahlvorschläge und Bewerber für die Reichstagswahl

Berlin, 11. Sept. Nach Feststellungen des Reichswahlleiters sind für die Reichstagswahl 565 Kreiswahlvorschläge und 24 Reichswahlvorschläge, insgesamt 589 Wahlvorschläge zugelassen gegenüber 642 Kreiswahlvorschlägen und 31 Reichswahlvorschläge gleich 673 Wahlvorschlägen bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928. Die Zahl der Wahlvorschläge ist mithin zurückgegangen.

Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Kreiswahlvorschlägen 6651 (6051 männliche und 600 weibliche), auf den Reichswahlvorschlägen 464 (427 männliche und 37 weibliche), zusammen 7115 (6478 männliche und 637 weibliche) Bewerber.

Bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 waren 6206 Bewerber vorhanden, davon 5718 männliche und 491 weibliche. Die Zahl der Bewerber insgesamt ist mithin um 906 (gleich 15 v. H.) die der männlichen um 760 (gleich 13 v. H.) und die der weiblichen um 146 (gleich 30 v. H.) gestiegen.

Bredt über die Beamtenbesoldung

Wuppertal, 11. Sept. In einer Wahlversammlung der Wirtschaftspartei kam Reichsjustizminister Dr. Bredt auch auf die Frage der Beamtengehälter zu sprechen, wobei er unter anderem erklärte: Eine Sanierung der Reichsfinanz-

kann nur erreicht werden durch eine Senkung der Ausgaben und besonders der Personalausgaben. In Reich, Ländern und Gemeinden werden für Gehälter und Pensionen etwa 15 Milliarden Mark ausgegeben. Hier könne und müsse gespart werden. Wenn wir 1927 nicht die Besoldungserhöhung gehabt hätten, wären wir nicht in das Finanzelend hineingekommen. Heute sitzen wir fest. Bei den Gemeindebesoldungsordnungen liegen die Dinge am schlimmsten. Die Rückgängigmachung der Besoldungserhöhung durch Reichsgesetz sei nicht möglich, deshalb bleibe nur das Notopfer der Beamten übrig, das die Besoldungserhöhung von 1927 zum Teil rückgängig machen solle. Die Erklärung des Reichsfinanzministers, daß am 1. Oktober die Beamtengehälter gezahlt werden können, sei richtig. Ob sie dagegen auch am 1. November noch gezahlt werden, dafür könne er die Garantien nicht übernehmen, viel weniger für die Dezembergehälter, wenn sie bis dahin die Finanzen nicht in Ordnung gebracht seien.

Wieder eine Beamtenmaßregelung

Wiesbaden, 11. September. Der der Nationalsozialistischen Partei angehörige Justizinspektor Josef Rademacher beim Amtsgericht in Ulfingen ist des Amtes enthoben worden. Es wurde ein Dienstverfahren gegen ihn eingeleitet.

Politische Bluttat

Essen, 11. Sept. Der 21 Jahre alte Student Heinz Dehting aus Gladbeck, der in einer Versammlung der Natio-

nalsozialisten teilgenommen hatte, wurde von jungen Burschen durch einen Messerstich in die rechte Brustseite so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus verstarb. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Mussolini über die deutschen Wahlen

Rom, 11. September. Das faschistische Verordnungsblatt, dessen Text oft von Mussolini geschrieben wird, bringt folgende Betrachtungen über den deutschen Wahlkampf, die zur Kenntnis des offiziellen italienischen Standpunkts wichtig sind:

„Wenn die farbige und karnevaleske Vielfaltigkeit der politischen Parteien genügen würde, um die schwierigen Probleme der Nation zu lösen, so wäre Deutschland die glücklichste Nation der Welt. Es sind nämlich nicht weniger als dreißig Parteien bereit, die große Papierflucht auszukämpfen, doch sind nur 24 Parteien in die Wahllisten aufgenommen worden. 24 Parteien! Das heißt 24 Programme! Und zugleich 24 Wunderrezepte, um Deutschland zu retten! Viele lassen sich von diesem Schauspiel begeistern und rühren; denn die Verzettlung des politischen Lebens ist das Meisterwerk der unsterblichen Prinzipien und des souveränen Volkes. Wir aber werten diese Phänomene als ein Zeichen des germanischen Niedergangs, als ein Dokument des außerordentlichen Durcheinanders, das den Geist erschüttert, als die schicksalhafte Ohnmacht der Regierungen, die ebenso krampfhaft wie uneigennützigerweise dem parlamentarischen Mythos nachjagt, der Wahrheit heißt. Eine genaue Untersuchung des Parteienaufmarsches läßt voraussehen, daß kein endgültiges Ergebnis zustande kommen kann, mit anderen Worten, daß es keinen Sieg weder von rechts noch von links geben wird. Die Wahlen von 1930 sind noch nicht jene, die dazu bestimmt sind, den Ausschlag zu geben, und deshalb erwarten wir das Resultat der deutschen Wahlen mit ruhiger Gleichgültigkeit. Der Wahlkampf erregt kaum unsere Neugierde. Das heutige Deutschland interessiert uns nur insofern, als es die Voraussetzung zum morgigen Deutschland ist.“

Beschränkung der Einwanderung in Amerika

Washington, 11. Sept. Von Präsident Hoover wird ein Entwurf zu einer Einschränkung der Einwanderung während der Dauer der Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten angekündigt. Alle amerikanischen Konsulate sollen angewiesen werden, solchen Reisenden einen Einwanderungssichtvermerk zu verweigern, bei denen es unwahrscheinlich ist, daß sie in den Vereinigten Staaten eine Beschäftigung in ihrem Beruf finden. Diese Maßnahme soll so lange durchgeführt werden, wie die gegenwärtige Arbeitslosenkrisis in den Vereinigten Staaten andauert.

Vom Völkerbund

Briand empfiehlt seinen „Allerropa-Plan“

Genf, 11. Sept. Die Völkerbundversammlung hat heute die Besprechungen fortgesetzt. Borden (Kanada) nannte den Völkerbund einen „Kindergarten des Friedens“. Es sei aber bedauerlich, daß im Kelloggspakt mit dem Verzicht auf den Krieg nicht auch zugleich der Verzicht auf Rüstungen ausgesprochen worden sei.

Briand hielt eine längere Rede. Er habe großes Vertrauen zum Völkerbund, der einer der wichtigsten Dämme gegen die Gefahr des Kriegs sei. Der vom Völkerbund veranlaßte Kelloggspakt, die Generalakte über die Schiedsgerichtsbarkeit und die zahlreichen regionalen Abkommen seien wirksame Beiträge zur Organisierung des Friedens. Alle diese Bemühungen werden aber, wenn sie nicht als Gegenstück die Einschränkung und sogar, wenn möglich, die Beseitigung der Rüstungen haben, etwas Unbestimmtes bleiben. Es war, um nur von Frankreich zu reden, unmöglich, gewisse Ziffern, gewisse Ausgaben aufrechtzuerhalten. Wir sind dabei auf Schwierigkeiten gestoßen, wir haben lange Wochen in London verhandelt und einen erfreulichen Anfang erzielt. Ich siehe hier in Verhandlungen mit dem Vertreter eines befreundeten und benachbarten Landes (Italien), durch die dann hoffentlich weitere Möglichkeiten geschaffen werden. Ich habe mich, so ries Briand mit starker Betonung aus, in den Gedanken geradezu verbohrt, daß, solange ich bin und wirke, es keinen Krieg geben darf.

Seinen „Allerropa-Plan“ bezeichnete Briand als eine weitere Anstrengung im Dienst des Friedens, getragen vom Geist des Völkerbunds. Eine Reihe von Tatsachen zwingt zu einer engeren Zusammenarbeit der europäischen Völker. Es liege in der Logik dieser Tatsache, daß die Völker, auf deren Territorium sich der Weltkrieg abgespielt habe und die heute immer noch unter den Folgen des Kriegs leiden, sich zu einer gemeinsamen Anstrengung zur Ueberwindung dieser Folgen zusammenfinden. In ihrer Antwort auf seine Denkschrift haben die 27 europäischen Staaten sich grundsätzlich in bejahendem Sinne geäußert. Er habe die Ueberzeugung, daß der Völkerbund dem Plan gleichfalls seine Zustimmung gebe, handle es sich doch um die

Sammlung!
Benfaal
ident
700
meter
700
meiner darf fehlen.
Liste 6
Staatspartei

Sammlung!
6
rte
rte
701
Schulter in den
Land über
geben, sind beide
eiltliche und vater-
zur Sammlung,
ichern, die schwere
gründliche Wahl-
nen Parteienber-
er Volksgemein-

keinen Bür-
Zerpfitterung
Interessenten-
alismus von
mit der Ver-
Arbeit
andes!
e 6
Staatspartei

heimatzeitung!
iffen!
nach links,
ndlich bei den
armlose, unter
m Kopfe als
ate Ziel zu er-
Revolution
719
mmunistischer
die kommuni-
ung national-
hat ja lange
enken-

Verwirklichung einer Idee, die auch den Zielen des Völkerbunds entspreche. Es sei selbstverständlich, daß keine neue Organisation neben dem Völkerbund geschaffen werden solle...

Günstiger Eindruck bei der deutschen Abordnung

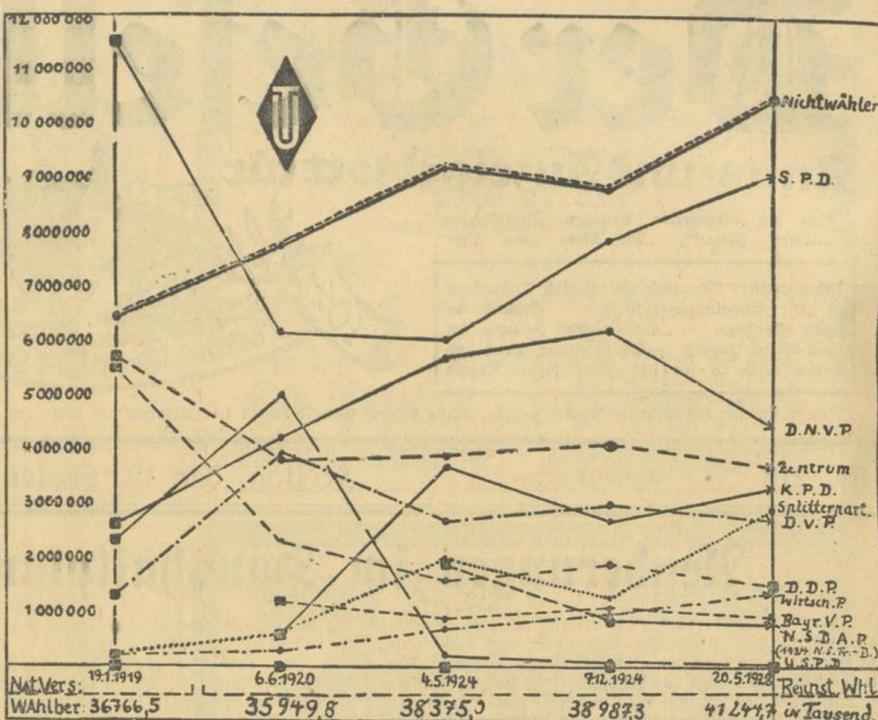
Die Rede Briands hat, wie W.B. meldet, auf die deutsche Abordnung einen günstigen Eindruck gemacht, weil er den Frieden so stark betont und darauf verzichtet habe, französische Sonderwünsche vorzutragen...

Bittgottesdienst in Genf

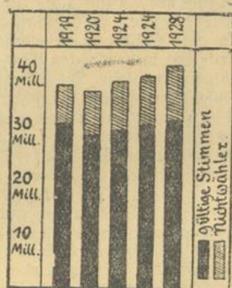
Genf, 11. September. Anlässlich der Eröffnung der Völkerbundversammlung fand gestern abend in St. Pierre, der Kirche Calvins, ein vom östumenischen Rat der Stockholmer Bewegung veranstalteter gemeinsamer Bittgottesdienst...

Zurückziehung des Bahnschutzes vor den Reichstagswahlen

Paris, 11. Sept. Der Genfer Berichterstatter des „Journal“ meldet, der Vorsitzende der Saarregierungscommission, Wilson, habe Vertretern der Völkerbundversammlung mitgeteilt, es mache keine Schwierigkeiten, die 250 Mann des französischen Bahnschutzes im Saargebiet zurückzuziehen...



Das Auf und Ab der Parteien von der Nationalversammlung bis heute



Aus Stadt und Land

Magold, den 12. September 1930.

Wir haben immer nur soviel Naturwissenschaft, wie wir von der Natur Wissen haben, um damit etwas zu schaffen, aber mit der Natur an sich werden wir nie etwas zu schaffen haben können.

Er wählt nicht!

Sein Name ist gleichgültig. Denn wir kennen ihn alle. Er sitzt abends am Stammtisch und weiß haargenau, warum die Steuern so hoch und die Zeiten so schlecht sind. Er kennt die Geheimnisse aller Parteien und die Regierenden dieser Welt sind für ihn Kartenspieler, denen er mühelos über die Schulter sieht...

Er ist schrecklich klug und maßlos dumm. Er sitzt auf dem Schmel seines Handwerks oder vor einem tintenfrohen Kuhl. Er blättert sorgenvoll in dicken Geschäftsbüchern oder geht mit einer zähen Beharrlichkeit seinem Berufe nach. Er ist ein Nörgler oder einer der Stillen und Unaufdringlichen. Er hat zuviel Politik getrieben oder sich nie darum gekümmert. Er ist verärgert oder bescheiden. Er hat tausendfacher Namen und tausendfacher Gestalt.

Es ist die stärkste deutsche Partei. Ueber 10 Millionen zählte er bei der letzten Reichstagswahl 1928. So stark ist er und so schwach. Denn, hätte er gewählt, mit rund 150 Mandaten im Reichstag könnte er seine Wünsche und seine Hoffnungen, sein Urteil und seine Meinung zur Geltung bringen. So hört niemand auf ihn. Er gefällt sich aus Unentschiedenheit oder Laune, aus Angst oder Eitelkeit zu denen, die verfassungsmäßig von der Wahl ausgeschlossen sind: den Entmündigten und Trunksüchtigen, den Blöden und Staatsgefangenen, den Irren und Verbrechern.

Er hat keine Gründe, seine guten Gründe natürlich. Es regnete am Wahltag und der Entschluß war zu schwer, hinter dem Dien hervor und aus den Pantoffeln heraus zu kriechen. Die Sonne schien und er durfte einen Ausflug nicht veräumen, auf den er nach diesem nassen Sommer seit langem sich gefreut hatte. Er meinte, daß es auf ihn nicht ankomme. Und Millionen denken das gleiche. Herdenweise sammeln sie sich, die Bequemlichen, die Lässigen, die Gedankenlosen, die da den Staat als eine Fürsorgeanstalt ihrer wertigen Person betrachten. Sie verlangen Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, Kohlen im Winter, Bäder im Sommer, pünktliche Eisenbahnen, saubere Straßen, Ordnung und Sicherheit. Im übrigen sollen andere sich darum kümmern.

Kein, so lässig ist er nicht. Aber er weiß nicht, welche Partei er wählen soll. Es gibt so viele und alle versprechen ihm die schönsten Dinge. Er liest in der Zeitung nur die Todesanzeigen, die Unglücksfälle, Morde. Ein paar Leichen braucht er täglich, um sein eigenes Wohlbefinden so recht genießen zu können. Politik ist ihm zuwider. Er zitiert gerne das Wort, daß sie den Charakter verbürde. Und er hat einen so guten Charakter. Er ist wirklich rational. Aber er will auch nicht anders sein. Er geht lieber drüber am Kleb spazieren und klagt seinem Freund die Liederlichkeit der Parteien, die nicht 100prozentig seine Ideale verwirklichen und weiß dabei selbst nicht, daß er ein Urteil über sich spricht, über sich, seine Dummheit und seine Westunerfahrenheit.

Nun denn, du Schlichter, Unverdorben und Einfältiger, such nicht hinter einer Tasse Kaffee und Radiomusik

Vergessen über die politische Hochspannung der Gegenwart, sondern, so du dich nun garnicht zu einer Partei entschließen kannst, wähle eine Persönlichkeit oder einen Namen der dir gefällig ist und dem du glaubst, dein Vertrauen schenken zu können. Denke immer daran, daß durch diese Wahl für unser Volk alles auf dem Spiele steht und daß, wenn du nicht selbst zur Wahlurne gehst, die Gestaltung deines Vaterlandes entgegengekehrt deinen Wünschen werden kann. Erfüllen sich deine Wünsche, dann kannst du stolz sein, mitgewirkt, und kommt es anders, dann hast du wenigstens ein gutes Gewissen und das Bewußtsein, deine Pflicht als deutscher Staatsbürger getan zu haben.

Wahlversammlung der Liste 6

Gestern abend konnte Tuchfabrikant Rapp als Versammlungsleiter eine zahlreiche aus Anhängern der beiden auf der Einheitsliste zusammengeschlossenen Parteien, der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Demokratischen Partei, und aus Opposition zusammengesetzte Zuhörerschaft begrüßen mit dem Wunsch, daß der Aufruf zur Sammlung sich zum Segen von Wirtschaft und Staat auswirken möge.

Zunächst nahm der Präsident der Handwerkskammer Otto Henne

als Vertreter der demokratischen Partei (Staatspartei) das Wort. Er führte ungefähr folgendes aus: In schicksalsschwerer Zeit hat das deutsche Volk einen unfähigen Reichstag nach Hause geschickt. Der neue Reichstag wird schicksalsgestaltet sein, wenn es gelingt, das große Mißtrauen gegen Staat und Parteien zu überwinden, ein Mißtrauen, das bisher durch die vielen nichtgehaltenen Versprechungen berechtigt war. Das Volk verlangt jetzt in der Stunde der Not ein verantwortungsvolleres Handeln, Klarheit und Wahrheit. Dem deutschen Handwerk als wesentlichem Träger des Volkes wurde der Lebensraum in Staat und Wirtschaft freitig gemacht, seine Existenz wurde ausgehöhlt. Das muß, wenn der Bestand unseres Vaterlandes nicht gefährdet sein soll, anders werden, es muß sich in einem starken Mittelblock zusammenschließen. Die politischen Verirrungen im Radikalismus und ein Beiseitestellen sind unverkennbar gefährlich. Wenn man sich nun fragt, um was es eigentlich in Zukunft geht, so muß man antworten, daß nicht Einzelheiten anzustreben sind, sondern daß die Finanznot des Reichs, der Länder und der Gemeinden gehoben werden, daß man auf Wirtschaft und Kultur ein merkliches Auge haben muß. Ausgleichende Entwicklung oder Selbstzerfleischung, das ist die Lösung — es geht um die Existenz des Volkes. Es wäre ein Verrat am Volke, so auch künftighin immer wieder Kompromisse mit der Sozialdemokratie geschlossen werden müßten. Es geht also darum, die schwebenden Fragen in sozialem oder wirtschaftlichem Sinne zu lösen. Wir sind heute an einem kritischen Punkt angelangt. Die Verhältnisse müssen anders werden, wir müssen wieder sparen, müssen Achtung vor der Persönlichkeit lernen, müssen die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken versuchen und neues Vertrauen zur Regierung haben und müssen uns, wenn wir die Verhältnisse bessern wollen, in das Volksempfinden hineinleben. — Im Nachfolgenden geht der Redner auf die Not der einzelnen Stände ein und erwähnt dabei u. a. auch: Es ist verständig, wenn der Bevölkerung der Glauben und das Vertrauen geraubt wurde, daß ein großer

Teil mit einem Haß gegen Staat und Wirtschaft erfaßt wurde, aber weil es um das Sein und Nichtsein des Volkes geht, muß all dem entgegengetreten werden. Ein zerrissenes Volk wird nämlich niemals den Weg zur Gesundung finden. Es gilt, nicht nur das Volk im Wahlkampf aufzuwecken, vielmehr auch sonst zur aktiven, verantwortungsbewußten, politischen Mitarbeit heranzuziehen, zum aktiven Staatsleben aufzurufen. Es muß anerkannt werden, daß der schnelle Uebergang aus unserem früheren Staat zur Republik die Mißstände mitschaffen half, daß die Menschen nicht den Anstoß an den heutigen Staat fanden, die Sparsamkeit und ihre Notwendigkeit noch nicht erkannt, die Futtertrogwirtschaft nach dem Parteibuch die schönsten Blüten trieb, die Führer und die bürgerlichen Parteien vielfach verlagert haben, das ungeliebte Wahlrecht die Wähler zu Stimmzettelträgern gemacht hat und daß die Jugend nicht erfaßt wurde. Diese Einzelereignisse geben jedoch kein Recht, den Staat zu verdammen. Wir müssen vielmehr geeint eine Politik der Vernunft und Entschlossenheit durchführen und vor allem muß sich der Staat auch für die Pflege der Wirtschaft einsetzen. Es führt zum Untergang, wenn wie bisher die Wirtschaft und das Kapital durch ungebührliche Maßnahmen langsam erdroffelt werden. Reichsnotopfer und andere Sondersteuern müssen uns Warnzeichen genug sein, die Not unseres Vaterlandes zu erkennen. Dem Rabinett Brüning haben wir es zu verdanken, daß dem Volk durch die Auflösung des Reichstages die Augen geöffnet wurden und man nun endlich einmal begonnen hat, die Verprechungen in die Tat umzusetzen. Aufgabe des neuen Kabinetts wird es sein, die vom Kabinett Brüning begonnene Arbeit fortzusetzen. Wenn die Sozialdemokratie angibt, handwerkerfreundlich für Erhaltung einer gesunden Wirtschaft zu sein, so wird sie z. B. damit Lügen gestraft, daß sie stets für die Regiebetriebe eintritt, deren Eindämmung wir anstreben. Der neue Reichstag muß mehr Interesse am Handwerk, am Mittelstand haben, denn wehe uns, wenn die mittelständige Jugend erbt den Gewerkschaften verfallen ist. Das ganze Volk muß sich einsehen, die Not zu bannen, die Beamten müssen gerne das Notopfer tragen, die übrigen Sondersteuern müssen anstandslos bezahlt werden und dies wird der Fall sein, wenn die Herren Gesetzgeber mit gutem Beispiel vorangehen und bei sich selbst beginnen. Nur so kann das staatserbaltene Vertrauen wieder hergestellt werden. Im Falle einer Wahl, werde ich (der Referent) mich nicht nur für das Wohl des Handwerks, sondern für alle Stände einsetzen, entsprechend dem Wahlspruch „Jedem das Seine!“ Daß es wieder vorwärts und aufwärts gehen wird, glaube ich bestimmt, denn der Ruf nach Sammlung, der sich in der Listenverbindung der beiden Mittelparteien ausdrückt, fand im ganzen Reich so starken Nachklang, daß er nicht mehr hinweggefegt werden kann. Eine solche politische, feste Mitte gibt die beste Gewähr für eine Gesunderhaltung unseres Staatswesens. Am 14. September, dem schicksalsschweren Tag des deutschen Volkes, müssen also Frauen und Männer gewählt werden, die sich der Verantwortung bewußt sind, die wissen, daß ein Volk mit geistigen und sittlichen Kräften den Weg zur Freiheit finden wird, den Weg, der durch Opfer und Arbeit zum Aufstieg des deutschen Volkes führt.“

Reicher Beifall bedankte den Redner für seine sachlichen und ansprechenden Darlegungen. Im Anschluß hieran nahm nun unser Landsmann und Mitglied des Landtages

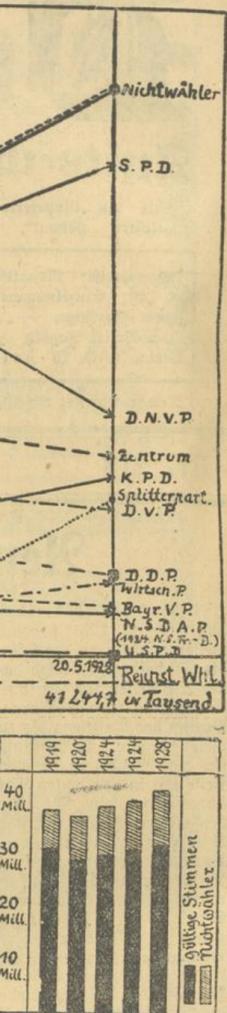
Staatsrat Rath

das Wort zu seinen erfahrenen, sachlichen, aber auch mit einem gewissen Impuls wiedergegebenen Ausführungen, die auch in einer Arbeit von ihm „Wählt die Sammelparteien der Mitte“, wenigstens in Gedankenlang enthalten sind. Wir vernahmen u. a. folgendes:

„Das deutsche Volk ist vier Jahre lang einen geschichte noch nie gekannten Kampf Gut und Blut, Ausmaß geopfert und um Krieg verloren. Es war ein solcher Ausgang des schafflicher und kulturell rückgeworfen werde, daß einem armen Land macht und eisernen Fleiß würde, wenn wir in abkommen wollten. Waren des Nationalvermögens wurden uns doch Millionen auferlegt, erforderte Opfer und ihrer Hinterträge. Es war klar, daß beshaltung des deutschen es wäre Aufgabe aller und Gemeinden gewesen Stunde nicht einen Augen haben wir aber statt de Deutschland reifen, so rüber, was sich ihnen hie an Luxus und Wohlleben Kommunen riß bald no spurigkeit und ein über auch der einzelne Deutse seiner Lebenshaltung da so weiter ging, als die stellten wir um, schufen wir an, in den öffentl hatte endlich erfaßt, daß nur Sparsamkeit uns r politischen Verhältnisse begann. Man hätte nur jahrgang, die man mit Inflationenzeit gemacht sen werde. Wie ganz a Der Reichstag hat in d feit vermessen lassen, d plans sind jedes Jahr gegangen, wir erlebte Uebersteigerung der So me- und Körperchafts Boranschlagsummen erh ten, kamen wir schon i Kassenrisis hinein, die wöhnlich strengen Wint tierenden laum voraus entfrang, uns aber do ziellen Füssen wir iteh Vorzicht für uns gebote

Am 8 Thema: 99 Männer und Frau echt deutschen Freiheitsk Rein besonnener Deut Mit

679 Natio Volk Wir haben uns vo 1. Weil geprengt obgleich abstellen weitgehen 2. Weil tritt, die Freund k stört, un ins Uner 3. Weil für die K Wir war Frauen un Nationale Durch Listenvo bundes Im Nan



„Das deutsche Volk ist seit 16 Jahren in Not. Wir haben vier Jahre lang einen Krieg geführt, wie ihn die Weltgeschichte noch nie gesehen hat, wir haben in diesem Kampfe Gut und Blut in einem bisher nicht erlebten Ausmaß geopfert und wir haben dessen ungeachtet diesen Krieg verloren. Es war für jeden Einsichtigen klar, daß ein solcher Ausgang des gewaltigen Ringens uns in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung um Jahrzehnte zurückgeworfen werde, daß er Deutschland für lange Zeit zu einem armen Land machen, und daß es großer Sparfamkeit und eisernen Fleißes des ganzen Volkes bedürfen würde, wenn wir in absehbarer Zeit wieder in die Höhe kommen wollten. Waren doch Hunderte von Milliarden des Nationalvermögens dem Kriege geopfert worden, wurden uns doch Milliarden von jährlichen Tributleistungen auferlegt, erfordert doch die Versorgung der Kriegsoffer und ihrer Hinterbliebenen ebenfalls Milliardenbeträge. Es war klar, daß alle diese Umstände sich in der Lebenshaltung des deutschen Volkes ausdrücken mußten, und es wäre Aufgabe aller verantwortlichen Stellen in Staat und Gemeinden gewesen, das Volk über dieses Gebot der Stunde nicht einen Augenblick im Zweifel zu lassen. Was haben wir aber statt dessen erlebt? Wenn Ausländer in Deutschland reisen, so sind sie immer wieder erstaunt darüber, was sich ihnen hier, namentlich in den Großstädten, an Luxus und Wohlleben darbietet. Auch in Staat und Kommunen riß bald nach dem Krieg eine gewisse Großspendigkeit und ein übler Repräsentationswahn ein. Aber auch der einzelne Deutsche war nicht bereit, eine Senkung seiner Lebenshaltung vorzunehmen. Erst als es nicht mehr so weiter ging, als die Inflation höher und höher stieg, stellten wir uns, schufen wir eine neue Währung, gingen wir an, in den öffentlichen Haushalten zu sparen. Man hatte endlich erkannt, daß man sich einschränken müsse, daß nur Sparfamkeit uns retten könne vor dem Chaos. Die politischen Verhältnisse wurden ruhiger, der Wiederaufbau begann. Man hätte nun meinen sollen, daß man die Erfahrungen, die man mit der Ausgabenwirtschaft in der Inflationszeit gemacht hatte, so bald nicht wieder vergessen werde. Wie ganz anders ist es aber nun gekommen! Der Reichstag hat in den letzten Jahren jede Sparfamkeit vermissen lassen, die Ausgaben des Reichshaushaltsplans sind jedes Jahr um etwa 1 Milliarde in die Höhe gegangen, wir erleben eine immer weiter treibende Uebersteigerung der Sozialfürsorge. Trotzdem die Einkommen- und Körperschaftsteuer bis 1929 jedes Jahr die Voranschlagsummen erheblich übersteigende Beträge brachten, kamen wir schon im Sommer 1929 in eine schwere Kassenkrisis hinein, die allerdings zum Teil dem außergewöhnlich strengen Winter 1928/29 und der daraus resultierenden kaum vorauszu sehenden starken Arbeitslosigkeit entsprang, uns aber doch zeigte, auf wie schwachen finanziellen Füßen wir stehen und wie die größte finanzielle Vorsicht für uns geboten erscheint. Seit dieser Kassenkri-

sis ist das Gespenst des Defizits im Reichshaushalt nicht mehr ganz verschwunden. Wir erleben innenpolitisch als Folge dieser Erscheinung sofort wieder ein starkes Anwachsen radikaler Parteien bei den Wahlen in Baden und Sachsen, wir sehen, wie es diese verstanden, aus der Notlage des Reiches Vorteile für sich zu ziehen. Diese Art von politischer Bewegung ist aber eine Pflanze, die nur auf humpeligem Boden gedeiht und ihr Wachstum zeigt uns daher mit aller Deutlichkeit, daß etwas faul ist im Staate Dänemark. Diese Erkenntnis aber muß uns ein Fingerzeig sein für unser zukünftiges politisches Handeln. Wir müssen Ordnung schaffen in den öffentlichen Haushalten, wir müssen die Ausgaben in erträglichen Grenzen halten. Dabei wird es ohne Härten nicht abgehen. Aber nicht nur das, wir brauchen auch größte Sauberkeit in der öffentlichen Verwaltung. Wir müssen damit wieder Vertrauen schaffen zum Staat, wir müssen das Parteipolitische in den Hintergrund stellen und das Staatspolitische aller Fragen in den Mittelpunkt unseres Handelns rücken. Es darf nicht mehr dieses weiche Nachgeben gegenüber allen Anforderungen an den Staatshaushalt einsehen, es darf keine Uebersteigerung der Sozialfürsorge auf Kosten der Reichsfinanzen und auf Kosten des Kredits des Reichs oder zum Nachteil unserer Währung mehr eintreten. In dieser Auffassung müssen wir uns zusammenfinden, dann wird der Wiederaufbau unseres Vaterlandes weiterschreiten, werden wir auch die schwere Krisenzeit überwinden, in der wir uns augenblicklich befinden. Die Lage ist außerordentlich ernst. Leider tritt das in dem Verhalten der politischen Parteien bei der bevorstehenden Wahl nicht mit der Klarheit in die Erscheinung, wie dies erwartet werden könnte. Man sieht sogar in Kreisen des deutschen Mittelstandes nicht überall ein, daß uns nicht eine weitere Trennung, sondern nur eine Sammlung der Mitte Besserung bringen kann. — Es geht heute nicht um ein Stück mehr oder weniger großer bürgerlicher Freiheit, es geht heute um den Bestand, um die Zukunft der Nation selbst. Dieser Erkenntnis haben sich die Deutsche Volkspartei und die Deutsche Staatspartei nicht verschlossen, und ihr entspringt das Zusammengehen in Württemberg und Baden, ihr verdankt die Einheitsliste 6 die Entstehung. Der Erfolg des Vorgehens dieser beiden Parteien wird den Gradmesser dafür abgeben, ob weite Kreise des Volkes für die Sammlungsaktion reif sind und ihr das nötige Verständnis entgegenbringen. Bleibt der Erfolg aus, so wird dieser Versuch schweren Schaden leiden, wird die Einigungsbewegung auch nach den Wahlen einen schweren Stand haben. Zeigt der Ausgang der Wahl aber, daß das Volk die Bedeutung des Schrittes gewürdigt und anerkannt hat, so wird das für die beteiligten Führer ein Fingerzeig sein, auf dem betretenen Wege weiter zu schreiten, und es wird sich diese Bewegung weiter verbreiten und vertiefen. Der Vaterlandsfreund muß wissen, daß es jetzt nicht

gilt, neue Interessengruppen zu schaffen, sondern das es gilt, Bresche zu schlagen in die Parteilucht, daß jetzt alle persönliche Eigenliebe und Eitelkeit, alle parteipolitische Verbissenheit zurückzutreten hat hinter die Forderung des Tages: **Wähler, rettet den Staat! Deutsches Volk, erweise dich als Staatsvolk dadurch, daß du am Wahltag den Mittelparteien deine Stimme gibst und sie damit zu einem bestimmenden Faktor der deutschen Politik machst!** In der württembergischen Politik haben wir uns ebenfalls für eine Sammlung der Mitte eingesetzt und hier muß noch weitergegriffen werden, weil nur eine nationale Partei der Mitte Ersprießliches leisten kann. — Unsere Außenpolitik der letzten Jahre kennzeichnet sich insbesondere in der Räumung des Rheinlandes, die einen wesentlichen Faktor in dem 1000-jährigen Kampf um den Rhein darstellt, weiter hat der Youngplan Erleichterungen gebracht, die Kontrollen sind verschwunden, und wenn wir immer und immer wieder fordern, dann werden wir auch Erleichterungen bekommen, wird die Grenzregulierung im Osten Wahrheit werden, die Kolonialfrage wird ihre Lösung finden und das Saargebiet wird wieder zum Vaterland zurückkehren. Je mehr wir uns vom Kriegsende entfernen, desto leichter wird das Verhandeln sein und wir müssen uns an ein Wort der großen Franzosen Gambetta halten, der sagte: „Immer daran denken, nie davon sprechen“. Wir müssen handeln, wenn eine günstige Stunde gekommen ist. Unsere Lage im Innern ist ebenso wenig so hoffnungslos, wenn wir es fertig bringen, Ordnung im Innern zu halten und sparsam zu sein. Die Vertreter unserer Partei, der Einheitsliste 6, werden immer bemüht sein, durch unsere Ziele und unsere Arbeit der Wohlfahrt des Volkes zu dienen.“ Auch diesem Redner wurde reicher Dank gesagt. In der sich anschließenden Diskussion sprach für die NSDAP Dr. Stähle aus Nagold, worauf die Referenten des Abends und Stud. Grau, als Vertreter der Ortsgruppe Nagold der Deutschen Volkspartei, das Schlusswort sprachen. Da zwei in diesen Schlussworten an den Diskussionsredner der NSDAP gestellte Fragen von diesem nicht mehr während der Versammlung beantwortet werden durften, sprach Dr. Stähle, nachdem die Anhäuer der Einheitsliste den Saal verlassen hatten, noch kurz über die Angriffe auf seine Partei und beantwortete die oben erwähnten Fragen. Die Versammlung verlief im großen und ganzen ruhig und fand um die Mitternachtsstunde ihr Ende.

Wahl-Versammlung

Am Samstag, den 13. September 1930, abends 8 Uhr spricht im Löwenjaul in Nagold **Pfarrer a. D. Münchmeyer**

Thema: „Warum wird Hitler am 14. Sept. siegen?“

Männer und Frauen von Nagold und Umgebung kommt am Samstag in unsere Versammlung und hört den Vortrag des vielverfolgten, vielgehassten aber auch vielumjubelten, echt deutschen Freiheitskämpfers an!

Kein besonnener Deutscher kann auf die Lügen unserer Gegner, welche seit 12 Jahren schon bewußt Katastrophenspolitik treiben, hereinschauen. Und Ihr anderen? Schwindelt ruhig weiter!

Mit uns die Wahrheit, mit uns der Sieg!

N.S.D.A.P. Ortsgruppe Nagold

Nationale Volksgemeinschaft

Wir haben uns von der deutschnationalen Volkspartei getrennt:

- Weil** Hugenberg die bürgerliche Regierung Brüning gesprengt hat, obgleich dieselbe die Staatsausgaben senken, obgleich dieselbe die Auswüchse der sozialen Gesetzgebung abstellen, obgleich dieselbe der notleidenden Landwirtschaft weitgehend helfen wollte.
- Weil** Hugenberg für eine 15%ige Einfuhrabgabe eintritt, die uns der Zoll- und Wirtschaftskrieg mit Feind und Freund bringen muß, wodurch unsere Exportindustrie zerschlägt, unsere Schifffahrt lahmgelegt und die Arbeitslosigkeit ins Unermessliche gesteigert wird.
- Weil** unser Gewissen uns verbietet, die Verantwortung für die Katastrophenspolitik Hugenberg's mit zu übernehmen.

Wir warnen vor dem Radikalismus!

Frauen und Männer wählt Nationale Volksgemeinschaft

Liste 13b

Durch Listenverbindung mit der Reichsliste des Landesbundes sind unsere Stimmen gesichert.

Im Namen vieler: E. Sannwald.

Mithristen laßt Euch nicht täuschen!

Was hat der Christliche Volksdienst bis heute getan, um ein Bollwerk gegen den Antichrist zu errichten?

Nichts, gar nichts!

Seine ganze Wahlpropaganda richtet sich vornehmlich gegen die große Rechtspartei, die seit ihrem Bestehen mit der Tat für die Erhaltung der christlichen Kultur- und geistigen Güter eingetreten ist und in dieser Hinsicht sich unübertreffliche Verdienste erworben hat.

Gegenüber stehen wir der Christl. Volksdienst Arm in Arm mit der religionsfeindlichen Sozialdemokratie, mit der Partei, nach der die Religion Opium für ein Volk ist. War es nicht der Christl. Volksdienst, welcher durch sein Verhalten in Preußen die christenfeindliche Regierung Braun rettete, damit die evangel. Kirche dieses Landes fernherhin schutzlos der kulturellen Volksemission preisgegeben wird.

Bei der Abstimmung auf dem Stuttgarter Rathhaus darüber, ob Dissidenten im Evangelischen Ortschulrat bleiben sollen, stimmte der eine Stadtrat des Christl. Volksdienstes dafür, der andere dagegen. Bei der Abstimmung wegen Zurücklegung 1 Million für höhere Aufwertung der Stuttgarter Gemeindefinanzschulden und Sparkassenschulden stimmten die beiden Vertreter des Christl. Volksdienstes im Verein

mit ihren sozialdemokratischen, besitz- und religionsfeindlichen Bundesgenossen gegen den Aufwertungsantrag. Darüber schrieb die Schwäbische Tagwacht: „Den Verräter braucht man, aber man verachtet ihn. Eine charakterlosere Politik konnte man im Württ. Landtag nicht beobachten.“

Am 17. Januar 1930 verhalf der Evang. Volksdienst im Badischen Landtag dazu, daß der Württemb. Landtag gegen den Kultminister Kemmele, einem Sozialdemokraten und Dissidenten abgelehnt wurde.

Darnach mag jeder Christ selbst beurteilen, ob er einer solchen Partei sein Vertrauen schenken kann.

Für Euer Ziel aber kämpft die Deutschnat. Partei mit Liste 2

Wähler und Wählerinnen wählt nur eine

Radioanlage mit Netzanschluß von 90 M. an mit Lautsprecher. Unverbindliche Vorführung in Ihrem Heim. (Postkarte genügt.)

Hugo Monanni, Elektr. Installat. Marktstraße 31 Tel. 83.

Frauen-Vortrag empfohlenen Bücher: Fr. Emanuelle L. M. Meyer **Vom Mädchen zur Frau** brosch. 1.80, kart. 2.80 M. **Heilkräuterbüchlein: Chrut u. Uchrut** 80 J., sowie der **Kräuteratlas** dazu 1.20 M., sind stets vorrätig und zu beziehen durch **G. W. Zaifer, Buchhandlung, Nagold**

Letzte Nachrichten

Der Bau der drei Rheinbrücken.
 Berlin, 12. Sept. Der Reichsverkehrsminister teilt mit, daß nunmehr das Uebereinkommen über den Bau der drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen-Mannheim, Maxau und Speyer endgültig festgelegt ist. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird, nachdem alle Vorbereitungen zum Bau der Widerlager bei Speyer und zu der Herstellung der eisernen Ueberbauten für die Brücke bei Ludwigshafen-Mannheim getroffen sind, mit der Bauausführung unverzüglich beginnen.

Ausbruch des Stromboli.
 Rom, 12. Sept. Wie die Blätter melden, wurde gestern vormittag die Kuppe des Stromboli durch eine heftige Eruption in die Luft gesprengt. Die Lavaströme haben die Ortschaft San Bartolo erreicht und die Felder vernichtet.

An verschiedenen Stellen brach durch den glühenden Steinregen Feuer aus. Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurde in Stromboli ein Mann getötet und in der Gegend von Ginestra mehrere verletzt. Gleichzeitig verspürte man auf der Strafinfel Lipari ein starkes Erdbeben. Die von Panik ergriffenen Bewohner erbatene aus Messina Hilfe, von wo aus sogleich mehrere Schiffe mit Lebensmitteln und Rettungsmaterial abgingen. Nach den letzten Meldungen soll die Tätigkeit des Stromboli normal geworden sein. Die Feuersbrünste wurden inzwischen ausgelöscht. Bisher ist aber das Ausmaß des Schadens und die Zahl der Toten und Verwundeten noch nicht bekannt. Auch nach Stromboli sind Rettungsmannschaften gesandt worden.

Geschäftliches

In wirtschaftlich schwerer Zeit muß die Hausfrau beim Einkauf für die Küche doppelt darauf achten, daß sie nur gute Ware erhält. Daß sie dabei in erster Linie auch die altbewährten Maggi-Erzeugnisse (Würze, Suppen und Fleischbrühwürfel) bevorzugt, ist nicht zu verwundern, denn Maggi's Erzeugnisse haben sich allzeit als treue Helfer erwiesen. Wer sie verwendet, spart Geld, Zeit und Arbeit.

Geftorbene: Matthias Zeller, Landwirt, 50 b — Aloisia Albrecht, geb. Heritorn, 71 Jahre Mühlringen — Anton Gutelunk, 80 Jahre, Hochdorf M. Horb — Marie Koller, geb. Braun, Witwe, Liebelberg.

Wählerinnen wählt Büdo
zur Wahl- und Bodempflanz

Heraus zur Wahl!

Deutschnationale, Kommunisten und Nationalsozialisten arbeiten planmäßig auf die Katastrophe hin. Auf den Trümmern Deutschlands beabsichtigen sie die Gewaltherrschaft von einigen Diktatoren aufzurichten. Ihr nächstes Ziel ist ein neuer Krieg.

Das schwere Unrecht, das die Regierung Brüning am deutschen Volk beging, kann nur beseitigt werden durch eine Stärkung der Sozialdemokratischen Partei.

Demokraten, Bauernbund, Deutsche Volkspartei, Zentrum und wie die Bürgerblockparteien alle heißen, tragen die Verantwortung für dieses Unrecht. Unentbehrliche Lebensmittel wurden durch neue Zölle und Abgaben im Preis gewaltig verteuert. Die Mittel zur Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose und Handwerksbetriebe sind verkleinert. Anstatt Sparsamkeit zu üben bei den hohen Gehältern und Pensionen, wie die Sozialdemokratie dies beantragte, wird an den Kranken, den Kriegsoffizieren usw. gespart.

Die Reichen, die Hunderttausende verdienen und große Summen ins Ausland verschleppen, sind steuerlich außerordentlich geschont, die kleinen Leute in Stadt und Land dagegen maßlos belastet. Allein die neue Kopfsteuer belastet jeden Mann mit dem Vielfachen der selbsterigen Einwohnersteuer. Neben den Männern müssen Kopfsteuer aber jetzt außerdem die Frauen zahlen!

Den großen Grundbesitzern im Osten billigte der Bürgerblock unter Mithilfe des Bauernbundes Hunderte von Millionen aus Reichsmitteln zu. Für die kleinen Bauern blieb nichts übrig. Auch die Politik des Landbundesministers Schiele geht ganz von den Wünschen des Großgrundbesitzes aus. Der kleine, am meisten hilfsbedürftige Bauer wird durch diese Politik schwer geschädigt.

Wehrt euch gegen die Politik der Bedrückung und Knechtung des schaffenden Volkes in Stadt und Land! Steht zusammen, ihr Millionen hinter dem Pfluge, in der Werkstatt und im Konior! Wendet euch ab von den Bürgerblockparteien, diesem Haufen von einseitigen Interessenten!

Heran zur Wahlurne! Wählt Sozialdemokraten, Liste 1 ⊕

„Die evangelische Kirche verwendet Mittel der Kirchensteuer beim Wahlkampf gegen die Arbeiterklasse“

So lügt der sozialdemokratische Freidenkerbund. Wie immer bei der S.P.D. Lügen, nichts als Lügen. Und die dicksten spart man sich auf morgen auf. Heraus mit der letzten Wahllüge!

Deutscher Arbeiter!
 Deine Antwort?

Liste 9 (Hitler-Bewegung)

Ein Werk für den strebsamen Angestellten u. Kaufmann. Lehrling
Handbuch für junge Kaufleute
 gebunden Mk. 4.50
 vorrätig bei
G. W. Zaiser
 Buchhandlung
 Nagold.

Verkaufe umständehalber einen etwa 3 jähr.
Fuchs-Wallach
 (Belgier Schlag), leicht eingefahren. 738
Tausche
 auch gegen älteres, gutes Arbeitspferd.
 Johannes Pfauz
 Bondorf.

Ein wenig gebrauchtes, sauberes
Spitztummet
 Größe 66, mit Filzleib hat zu verkaufen
 Johannes Effig, Sattler
 Schönbrunn.



in der „Rose“.
An die alten Demokraten!
 Wo sind nun eure Ideale, wo eure Jugendträume hin? Im Margiten-Quatsch sind sie verklungen als wie ein Rauch sind sie dahin.
 Nun läßt die „Staatspartei“ erklingen das alte Lied im neuen Kleid; der Spieß soll Hosianna singen
 all right, all right, all right!

Verkaufe meinen wie neuen (683)
Chevrolet
 6-Zyl. 5-Sitzer, Luxus-Limousine, billig, weg, Auslandsreise.
 Kirchplatz Nr. 3, Oberndorf a. N.
 Kaufen Sie heute noch
Trauben
 zur Kur
 3 Pfd. Mk. 1.— bei Bitterabnahme Pfd. 30 Pfg. 741
Jung.

Samstag und Sonntag
Metzelsuppe

Morgen Samstag, 13. Sept., vormittags, verkaufe ich gegen bar bei meinem Hause: 743

1 Tisch, 2 Kleiderkasten, 3 Nachttische, 1 pol. Bettlade, 2 tan-nene dio., 2 Unterbetten, 1 Deckbett, 1 Dampf-Waschkeffel.
Hollaender, sen.

Reißzeuge
 in präziser Ausführung
Winkel
Reißschiene
Reißbretter
 stets auf Lager in bester Ausführung
G. W. Zaiser, Nagold.

Die Hitlergarde

ist durch die peinlichen Enthüllungen der letzten Tage, die in keinem einzigen Punkt widerlegt wurden, begreiflicherweise berart in die Enge getrieben worden, daß sie zum letzten Mittel ihre Zuflucht nahm, nämlich alles in Wusch und Bogen abzulegen! Durch solche plumpe Abwehrmittel lassen sich aber die Arbeiter und Bürger nicht kopfscheu machen, denn sie wissen ganz genau, daß es sich bei den „Enthüllungen“ durchweg um nachgewiesene Äußerungen nationalsozialistischer Führer selbst handelt. 739

Die Aufklärungen über die wahren Absichten der Nazi haben wie eine Bombe gewirkt! Eine Bresche ist geschlagen!

Weitere „Enthüllungen“ folgen!
Keine Stimme der revolutionär-bolschewistischen Umsturzpartei Hitlers!

+ Schmerz laß nach!
 Restlose Böhnerzangen u. Hornhaut-Vertilgung beim Rechen — kein Pfaster kein Verschleiben — kein Pinset keine Salbe.
 Viele Anerkennungen
 Nur 50 Pf.
Karl Harr, Seifensieder.

Sp. B. v. 1911 Nagold
 Heute Freitag 1/10 Uhr nach dem Turnen
„Bären“
 Spielfestigung
 Sonntag 1/12 Uhr
„Anker“ Abfahrt I. und II. Platzgroßenweilert.

Was will Hugenberg?

Heute abend 8 Uhr spricht im Saal der Traube
Dr. Schott, Stuttgart
 über die
Ziele und Wege des Führers der Deutschnat. Volkspartei Dr. Hugenberg
 Jedermann, der sich über die Persönlichkeit und das politische Handeln dieses vielgeschmähten Mannes orientieren will, ist freundlich eingeladen.
Deutschnationale Volkspartei Ortsgruppe Nagold

Amts-u...
 Mit den illustrierten „Unsere Heimat“
 Bezugspreise: Monatlich M. 1.00; Einzelnummer jedem Wertlage. — D. A. Bezirk Nagold Verlag v. G. W. Zaiser

Nr. 214

Neue Bel...
 Berlin, 12. September. In gemeinen Wirtschaftslage b für den einzelnen sich immer daher aus der Arbeitslosigkeit „Ausgestoßene“ der Gem werden. So sind es in zunehmender Zahl, auf denen die Bürde statt der Versicherung, wird. Von den Wohlfahrtsämtern 25 000 Einwohnern (die zu ner haben) wurden am 31. Zeit nur um 2,4 Prozent gefahrtserwerbslosen in den heute bereits größer als im Reich. Außer den Wol Städte mit mehr als 25 000 von Arbeitslosen und Krise lich zu unterstützen.

Der Reichspräsident
 Berlin, 12. September. 6 u r g ist gestern abend 9 jahrsplanmäßigen FD-Zug w

Das schlechte französische Flugzeug
 Paris, 12. Sept. Im Flugzeugunglück, das sich ereignete und bei dem sechs

Henderf...
 Genf, 12. Sept. In der Völkerverversammlung Henderfson eine Progra 27. Staatenversammlung, d arbeit der europäischen Staate bunds herbeizuführen sei, je Regierung. Die Ereignisse bewiesen, daß die ganze Welt von den Befugnissen und abteilung des Völkerverbands werden. Henderfson sprach d sten Jahr alle Staaten dem getreten sein werden. Der bundsjahung eingearbeitet private Kriegsführung endg bundsjahung wirkliche Fried Unter allgemeiner Spa auf die

ein: England ist bereit, alle zur Verhütung des Kriegs Bedingung, daß ein allgeme und Beschränkung der Rüst neuen „Sicherheits“ maßnah stimmung zu geben, wenn „Frage“ zu sein, und wenn Die Urheber der Völkerver waren nie der Ansicht, daß arbeit Erfolge haben könne, Staaten unbeschränkt fortge wieder aufgehoben würde. D in die Säkung aufgenommen fegung und Einschränkung d internationale Verträge her ist noch nicht eingelöst word eingegangen worden ist. Je bildet diese Verpflichtung ei der bedeutender ist als itg Schiedsverträge enthalten i jede Regierung an den Völ Zulage, die oft erneuert wo kläre die Versammlung, i Sicherheitsverhältnissen der rüstungsconvention möglich und wir haben diese allgem geschlossen. Die Völker der zweifeln an unserem guten 1 Wenn die Flottenabräufu werden kann, wenn sie nicht die Einschränkung und Beg streitkräfte, so werden die geführt. Die Völkerverbundsjah der Kriebe Europas und der